

AUSGABE 01 / 2024

DAS MITGLIEDERMAGAZIN
DER FREIEN DEMOKRATEN BADEN-WÜRTTEMBERG

SÜDWEST-MERKUR 4.0



**BOCK AUF EUROPA
BOCK AUF ZUKUNFT!**

ANDREAS GLÜCK

**LIBERALE
AUßENPOLITIK**
GASTBEITRAG MICHAEL LINK

**EUROPA
IST ZUKUNFT**
RÜCKBLICK LVV

**MIT MUT
UND ZUVERSICHT**
GASTBEITRAG MICHAEL THEURER

INHALTSVERZEICHNIS

14



IMPRESSUM

Herausgeber: FDP Landesverband Baden-Württemberg
Verantwortlich: Philipp Nellißen LL.M. (Pressesprecher)
Redaktion: Philipp Nellißen, Len Brauneisen
Anschrift: Rosensteinstraße 22, 70191 Stuttgart
Telefon: 0711 / 666 18-0
Email: fdp-bw@fdp.de, Web: fdpbw.de
Gestaltung: Len Brauneisen
Druck: Format Druck GmbH, Mercedesstraße 19a, 70372 Stuttgart

Redaktionsschluss: 19. Januar 2024

AUFGABEN & CHANCEN IM NEUEN JAHR

VORWORT DER GENERALSEKRETÄRIN JUDITH SKUDELNY, MDB

Liebe Mitglieder und Freunde der Freien Demokratischen Partei,

wieder einmal blicken wir auf ein ereignisreiches Jahr für die FDP zurück. Die Freien Demokraten haben 2023 in der Ampelkoalition viele Dinge durchgesetzt, die zu unseren liberalen Kernanliegen gehören. Wir haben unter anderem eines der größten Steuerentlastungspakete der letzten Jahrzehnte verabschiedet, für die schnellere Umsetzung von Infrastrukturprojekten gesorgt und Ordnung in die Migrationspolitik gebracht. Dass die FDP den Kurs der Bundesregierung deutlich mitbestimmt, hat auch die Halbzeitbilanz der Bertelsmann-Stiftung gezeigt. Die FDP ist die Partei der Mitte, die Deutschland im Gleichgewicht hält!

Dennoch haben wir bei den Landtagswahlen 2023 herbe Niederlagen erfahren. Selbstverständlich muss sich die FDP jetzt die Frage stellen, wie wir perspektivisch in der Ampel-Koalition weitermachen. Wenn wir unsere Erfolge in der Öffentlichkeit nicht vermitteln und die Menschen ständig nur Streit zwischen den drei Regierungsparteien wahrnehmen, haben die Menschen im Land den Eindruck, selbst in Zeiten globaler Herausforderungen wie Krieg, Energiekrise und Inflation könne die Koalition nichts als Zanken.

Aus der Koalition auszusteigen, ist keine Lösung. Wenn wir lieber hinwerfen, als unsere Erfolge zu vermarkten, machen wir uns als Partei in der deutschen Politiklandschaft überflüssig. Die Aufgabe muss jetzt lauten, die Erfolge nach außen zu tragen, die Kommunikation zu verbessern und mit den Koalitionspartnern auszukommen. Andernfalls gäbe es keinen Grund mehr, die Freien Demokraten zu wählen. Tolle Opposition kann schließlich jeder.

In dieser Ausgabe unserer Mitgliederzeitung richten wir nun den Blick auf die schwierigen Aufgaben, aber auch auf große Chancen, die das neue Jahr für uns bereithält. Die Europa- und Kommunalwahlen am 9. Juni 2024 sind für uns von entscheidender Bedeutung.

Sie bieten uns die Möglichkeit, unsere liberale Vision auf lokaler und europäischer Ebene zu verwirklichen. Wir sind fest davon überzeugt, dass unsere Ideen und Konzepte die besten Lösungen für die vielfältigen Herausforderungen unserer Zeit bieten. Deshalb werden wir uns mit voller Kraft dafür einsetzen, dass wir bei diesen Wahlen erfolgreich sind und unsere liberale Politik weiter vorantreiben können!

Wir freuen uns darauf, mit Ihnen gemeinsam in das politische Jahr 2024 zu starten und die Weichen für eine erfolgreiche Zukunft Europas, Deutschlands und Baden-Württembergs zu stellen! Die nötige Motivation holten wir uns traditionell bei unserem Dreikönigsparteitag in Fellbach am 5. Januar und der Dreikönigskundgebung in der Stuttgarter Staatsoper am 6. Januar, als wir das politische Jahr eröffneten.

Ich möchte die Gelegenheit nutzen, um Ihnen für Ihren Einsatz für die liberale Idee, Ihr Engagement vor Ort und Ihre Unterstützung zu danken. Sie alle sind das Fundament, auf dem unsere Partei aufbaut. Lassen Sie uns weiter zusammen dafür kämpfen, unsere liberale Vision Wirklichkeit werden zu lassen. Gemeinsam können wir viel erreichen und ich bin zuversichtlich, dass wir so die anstehenden Wahlen erfolgreich gestalten werden!

Ich wünsche Ihnen viel Spaß beim Lesen unserer Mitgliederzeitung und freue mich auf ein spannendes und erfolgreiches politisches Jahr 2024!

Herzliche Grüße

Ihre Judith Skudelny



HAGEN KLUCK

60 JAHRE FREIER DEMOKRAT

INTERVIEW MIT HAGEN KLUCK

Hagen Kluck war von 1996 bis 2001 und erneut von 2006 bis 2011 Mitglied der FDP/DVP-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg. Er war stellvertretender Fraktionsvorsitzender und Parlamentarischer Geschäftsführer. Beruflich hat er als Journalist für die Stuttgarter Zeitung und den Reutlinger General-Anzeiger gearbeitet.

Sie sind 1961 in die FDP eingetreten. Was war Ihre ganz persönliche Motivation, das zu tun? Gab es einen besonderen Anlass?

Als junger Mensch war mir der damalige CDU-Bundeskanzler Konrad Adenauer ein Greuel. Die FDP sprach sich für eine Koalition mit der CDU aber ohne Adenauer aus. Da habe ich sie durch Flugblatt-Verteilen und ähnliches unterstützt. Nach der Wahl trat die FDP aber unter Adenauer in die Bundesregierung ein. Da entschied ich, in die Freie Demokratische Partei einzutreten, um künftig für die Einhaltung von Wahlzusagen zu sorgen. Das ist mir nicht immer gelungen. Aber in und mit der FDP kann man mehr für die Freiheit tun als ohne sie.

Sie haben über 60 Jahre FDP erlebt, dabei Höhen und Tiefen mitbekommen. Erinnern Sie sich noch an ein oder zwei ganz besonderen Momente, die Sie als Mitglied der FDP erlebt haben?

Nach der mit der CDU vollzogenen Einbindung in den Westen folgte in der sozialliberalen Regierung Brandt/Scheel die Öffnung nach Osten. Mit dem Abschluss der Ostverträge und der Unterzeichnung der Helsinki-Schlussakte wurden die Weichen für die Wiedervereinigung gestellt. Ohne Walter Scheel und Hans Dietrich Genscher wäre das alles nicht gelungen. Nie vergessen werde ich die Rede Walter Scheels anlässlich der 500-Jahr-Feier der Universität Tübingen 1977, als er zu "kritischer Sympathie des Bürgers mit dem demokratischen Staat" aufrief.

Wie hat sich die FDP Ihrer Meinung nach in den letzten 60 Jahren verändert?

Sie ist glücklicherweise trotz sich verändernder Bedingungen immer ihren Grundsätzen treu geblieben.

Was in der Bundessatzung stand und steht, gilt immer noch: „Die FDP ist die liberale Partei in Deutschland. Verpflichtendes Ziel für alle Liberalen ist die Stärkung von Freiheit und Verantwortung des Einzelnen. Die FDP steht für Toleranz und Weltoffenheit, für eine Ordnung der sozialen Marktwirtschaft und für den freiheitlichen Rechtsstaat.“ Da ist es nicht so wichtig, ob sich tagespolitische Anschauungen ändern.

Was wünschen Sie sich für die nächsten 60 Jahre von den Freien Demokraten?

Dass sie den Gedanken der Freiheit weiterhin hochhält. Denn Freiheit kann sich insgesamt nur entfalten, wenn es individuelle Freiheit gibt. Wie schon Reinhold Maier sagte: „Wir wollen die Freiheit ganz, wir wollen sie überall. Es gibt nicht einzelne Freiheiten, keine unter- oder abgeteilten Freiheiten, sondern nur eine ganze Freiheit.“

Was raten Sie den jungen Leuten von heute? Lohnt sich politisches Engagement?

Wer Freiheit will, muss Freiheit wählen! Politisches Engagement ist wichtiger denn je. Weil es den meisten Leuten bei uns gut geht, erkennen sie die Bedrohung ihrer persönlichen Freiheit nicht. Wenn man den Menschen aber die Freiheit genommen hat, ist es zu spät. Es hilft nichts, aus einem Bauchgefühl heraus auf „die da oben“ zu schimpfen. Man muss mit dem Verstand erkennen, dass man nur etwas ändert, wenn man sich engagiert, sich in die Demokratie und ihre Institutionen einbringt. Auch ich habe in 60 Jahren Mitgliedschaft vieles an der Freien Demokratischen Partei zu kritisieren gehabt. Aber trotz mancher Zweifel habe ich begriffen, dass die FDP von allen politischen Übeln das kleinste ist!



OHNE FLEISS KEIN PREIS

TRAININGSANGEBOTE FÜR POLITISCH AKTIVE

Sie sind politisch interessiert oder bereits aktiv? Sie möchten sich (weitere) Fähigkeiten aneignen, Tricks und Kniffe politischer Kommunikation erlernen, eine Kampagne mitorganisieren, ehrenamtliche Unterstützer anleiten oder sich rhetorisch fit machen? Unsere unterschiedlichen Trainingsangebote geben Ihnen dafür Gelegenheit – kompakt, zielgerichtet und anwendungsorientiert!

Unsere Onlinekurse – Jederzeit und überall lernen



→ **Von der Idee zur Kampagne – Einstieg ins politische Kampagnenmanagement.**

Ein Onlinekurs mit Christoph Dammermann.

Sie wollen sich politisch engagieren und Einfluss nehmen? Großartig! Demokratie lebt vom Mitmachen – von Ihnen und Ihren Ideen. Wie Sie aus Ihrem Anliegen eine Kampagne entwickeln und umsetzen, das zeigen wir Ihnen hier.



→ **Europa in der Welt. Die Außen- und Sicherheitspolitik der EU.**

Ein Onlinekurs mit Dr. Nele Fabian.

Die EU ist weltweit einzigartig. Nirgendwo sonst schaffen es so viele Länder, gemeinsam Regeln für das Wohlbefinden ihrer Bürger zu erlassen. Die Integrationsgeschichte der EU hat Modellcharakter und dient vielen Regionen der Welt als Vorbild. In diesem Onlinekurs erfahren Sie mehr über die EU und ihre Rolle in der Welt.

→ **Übersicht über alle unsere Onlinekurse unter:**

<https://www.freiheit.org/de/onlinekurse>

Unsere Trainings in Baden-Württemberg

<https://reinhold-maier-stiftung.de/content/prasenz-veranstaltungen>



Unsere Skill-Talks als kompakter Einstieg

jeweils freitags, 08.00-09.00 Uhr virtuell



→ **23.02. | Podiumsdiskussion und Debatte**

→ **01.03. | Persönlichkeit zählt**

Souveräne Wirkung durch Körpersprache

→ **08.03. | Dialogische Infostand-Konzepte**

→ **15.03. | Polarisierung erkennen**

Kommunikationsstrategien der Mitte

→ **22.03. | Reden ohne Rednerpult**

Frei und sicher sprechen

→ **12.04. | Gesprächsführung**

→ **19.04. | Wirkfaktor Stimme**

Verständlichkeit & Stimmklang für den Redeauftritt

→ **26.04. | Manuskripttechniken**

→ **Weitere Skill-Talks unter:** <https://reinhold-maier-stiftung.de/content/online-veranstaltungen>

Unser komplettes Trainingsangebot finden Sie auf www.politiktraining.de

Veranstalter

Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit
Landesbüro Baden-Württemberg
Reinhold-Maier-Stiftung

stuttgart@freiheit.org
www.stuttgart.freiheit.org
www.reinhold-maier-stiftung.de

LIBERALE AUßENPOLITIK



EIN GASTBEITRAG VON MICHAEL GEORG LINK, MDB

Er ist stellvertretender Fraktionsvorsitzender der FDP Bundestagsfraktion und Schatzmeister der Bundespartei.

VERNETZTES HANDELN FÜR DEN SCHUTZ VON DEMOKRATIE, SICHERHEIT UND WOHLSTAND

Außen-, Europa-, Verteidigungs-, Entwicklungs-, Menschenrechts-, Wirtschafts- und Innenpolitik müssen heute untrennbar miteinander verbunden, gedacht und gestaltet werden, auf dem unverrückbaren Fundament unserer festen Verankerung in EU und NATO. Der Konflikt zwischen Israel und der Hamas in Gaza zeigt einmal mehr das Wechselspiel zwischen unseren außenpolitischen Bemühungen im Nahen Osten und in internationalen Foren und den teils friedlichen, teils antiisraelischen oder gar antisemitischen Demonstrationen auf deutschen Straßen. Es ist unerträglich, dass sich 85 Jahre nach der Reichspogromnacht Jüdinnen und Juden in Deutschland erneut unsicher fühlen. Nur eine aufeinander abgestimmte Außen- und Innenpolitik kann die Sicherheit jüdischen Lebens in Deutschland und in Israel gewährleisten.

Auch andere Krisen und Konflikte dieser Zeit machen deutlich, dass Sicherheit, Freiheit und Wohlstand unserer Gesellschaft davon abhängen, wie wir als selbstbewusstes Mitglied von EU und NATO in der Welt auftreten. In Zeiten zunehmender globaler Systemrivalität zwischen Demokratien und Autokratien erfordert der Schutz unserer Werte und Interessen ein starkes Bekenntnis zum Völkerrecht, eine widerstandsfähige Wirtschaft, die notwendige militärische Ausrüstung und Abschreckung sowie enge Partnerschaften mit Gleichgesinnten in aller Welt, um souverän und zugleich vernetzt zu handeln.

WIRKSAMER MULTILATERALISMUS MIT PARTNERN AUS DEM GLOBALEN SÜDEN

Die Zusammenarbeit mit den Staaten Afrikas, Südamerikas und Asiens wird angesichts der Ablehnung universell gültiger Menschenrechte durch China und Russland immer wichtiger. Unsere am Multilateralismus statt am Multipolarismus orientierte Diplomatie sollte sich, ohne Normen und Standards aufzuzwingen, für demokratische

Werte einsetzen und zeigen, dass Menschenrechte eine universelle und keine „westliche“ Errungenschaft sind. Wir müssen den Staaten des Globalen Südens, insbesondere den zahlreichen Demokratien unter ihnen mit Respekt und Verständnis begegnen. Belehrungen mit erhobenen Zeigefinger sind fehl am Platz. Nur wenn wir faire Angebote machen, verlieren die trügerischen Lockrufe aus Peking und Moskau ihren Reiz.

Den Versuch Chinas und Russlands, die BRICS als Gegenformat zur G7 zu instrumentalisieren, müssen wir ebenso sehr ernst nehmen. Unsere entwicklungspolitische Antwort darauf muss sein, die Partnerschaften mit dem Globalen Süden z.B. durch neue Freihandelsabkommen und konkrete Unterstützung zu intensivieren, um idealerweise eine globale Freihandelszone der Demokratien zu schaffen. Dabei dürfen wir uns nicht mit immer neuen beherrschenden Forderungen begnügen, wie die immer wieder verzögerten und vom Scheitern bedrohten Vertragsverhandlungen mit den Mercosur-Staaten erneut zeigen. Unsere Außenpolitik sollte vielmehr von einer realpolitischen Diplomatie geleitet sein. Dazu gehört auch, nicht zu vergessen, wer unsere engsten Freunde sind, und die G7 zu erweitern, etwa um Australien und Südkorea.

TRANSATLANTISCHE FREUNDSCHAFT

Deutschlands außenpolitisches Fundament steht auf drei unverzichtbaren Pfeilern: der europäischen Integration, dem euroatlantischen Bündnis in der NATO und der transatlantischen Freundschaft mit den USA und Kanada. Um letztere zu vertiefen, bedarf es eines starken transatlantischen Sicherheitsnetzes, das deutsche und europäische Interessen unabhängig von der politischen Farbe der US-Administration durch enge politische, wirtschaftliche, akademische und nicht zuletzt persönliche Beziehungen von Washington D.C. über die Bundesstaatsebene bis hin zu Städtepartnerschaften trägt. Gerade die hohen Umfragewerte des Ex-Präsidenten Donald Trump, der wieder kandidiert, zeigen, dass wir dringend tiefere und nachhaltigere Beziehungen zu den Gouverneuren und Senatoren aufbauen müssen, die in Schlüsselpositio-

nen sitzen und wichtige europäische Investitionen in ihren Staaten haben. Es gibt viele, und wir müssen wissen, an wen wir uns wenden können, um potenziellen Schaden zu begrenzen. Zur transatlantischen Freundschaft gehört aber auch die nötige Entwicklung eines „transatlantischen Reflexes“, der uns auf beiden Seiten des Atlantiks hilft, vorausschauend protektionistische Gesetzgebung zu vermeiden, die den Beziehungen zwischen der EU und den USA schadet.

UNSERE EUROPÄISCHE UNION

Zugleich sollten wir auch in der EU unsere Hausaufgaben machen und unsere Souveränität ausbauen. Eine wirksame gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik können wir nur durch den Übergang zu qualifizierten Mehrheitsentscheidungen erreichen. Ebenso stärken wir uns selbst, indem wir die europäische Integration mit neuem Leben füllen, z.B. durch die Modernisierung des EU-Beitrittsprozesses mit konkreten Zwischenschritten vor dem Vollbeitritt. Eine variabelere EU mit äußeren und inneren Kreisen ist der geeignete Weg, der einerseits Kandidatenländern die Annäherung in realistischer Zeitperspektive ermöglicht und andererseits jene Staaten vorangehen lässt, die die europäische Integration vertiefen wollen.

Aus liberaler Sicht streben wir eine solche bundesstaatliche Struktur z.B. auf den Feldern der Außen-, Verteidigungs-, Sicherheits-, Migrations-, Asyl-, Währungs- und Handelspolitik an, während vor allem auf den Feldern der Steuer-, Sozial-, Bildungs- und Kulturpolitik die Zuständigkeit der Mitgliedsstaaten nicht angetastet werden darf. Dezentrale Verfasstheit sowie Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit sind der Schlüssel für eine gelingende europäische Integration. Die jüngste Empfehlung der EU-Kommission zur Aufnahme von Beitrittsgesprächen mit der Ukraine und der Republik Moldau bietet eine gute Gelegenheit zu zeigen, wie erfolgreiche europäische Integration aussehen kann.

Ein weiterer Schlüssel für europapolitischen Erfolg liegt in der Zusammenarbeit mit allen EU-Mitgliedern, ob neu oder Gründungsmitglied, ob groß oder klein. Deutschland muss an seiner Vertrauensbasis im Verhältnis zu allen EU-Mitgliedern arbeiten und muss verdeutlichen, dass Alleingänge wie bei Nord Stream 2 Vergangenheit sind. Vertiefte Formate wie das Weimarer Dreieck oder die deutsch-französische Zusammenarbeit sollen vorangetrieben werden, ohne andere EU-Partner auszuschließen. Polen ist hier ein zentraler Partner, ohne den essentieller Fortschritt bei der europäischen Integration nicht möglich ist. Die Einigung der Oppositionsparteien auf eine gemeinsame Regierung bietet eine große Chance, Europa institutionell zu reformieren und das fest

gefahrenre Weimarer Dreieck gemeinsam mit Polen und Frankreich mit neuem Leben zu füllen.

Gleichzeitig dürfen wir bei allen institutionellen Reformen nicht versäumen, den Wirtschaftsstandort Europa wieder attraktiver zu machen. Statt sich mit Überregulierung und protektionistischen Ansätzen das Leben schwer zu machen, muss die EU auf die Stärke ihres Binnenmarktes und auf Bürokratieabbau setzen. So ist beispielsweise die gerade von der Bundesregierung beschlossene Absenkung der Stromsteuer auf das EU-Mindestniveau und die damit verbundene Ablösung des Spitzenausgleichs ein Meilenstein für den Produktionsstandort Deutschland. Die zusätzliche Erhöhung der Strompreiskompensation aus dem Klimatransformationsfonds machen dieses Paket zu einem starken Impuls für das produzierende Gewerbe und für energieintensive Unternehmen.

MEHR SOUVERÄNITÄT DURCH STÄRKUNG DES EUROPÄISCHEN PFEILERS DER NATO

Mehr Souveränität brauchen wir ebenso in unserer Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Denn nicht zuletzt die USA erwarten zurecht, dass der europäische Pfeiler der NATO seine Sicherheit endlich mehr in die eigenen Hände nimmt. Die Zeitenwende legt den Grundstein dafür, durch mehr Kooperation bei militärischer Ausrüstung, Ausbildung und Einsatz sowie durch die jährliche Erreichung des 2%-Ziels der NATO und den entschlossenen Einsatz für neue Rüstungskontrollabkommen, ein sicheres Zusammenleben zu garantieren. Es war außerordentlich wichtig, dass sich der Bundeskanzler jetzt erneut unmissverständlich zum 2% der NATO bis in die 2030er Jahre hinein ausgesprochen hat. Damit setzen wir nicht nur ein Zeichen für Veränderungsbereitschaft in der Zeitenwende, sondern senden auch ein Signal der transatlantischen Verlässlichkeit und Verantwortungsübernahme an unseren engsten NATO-Verbündeten USA.

STAND BY UKRAINE!

Auch die breite und anhaltende Unterstützung für die Ukraine ist unmittelbar mit der Verteidigung unserer Werte und Interessen verbunden. Der mutige Kampf der Ukrainerinnen und Ukrainer leistet jeden Tag einen Beitrag zum Erhalt unserer freiheitlichen demokratischen Grundordnung. Deshalb dürfen wir keine Wankelmütigkeit aufkommen lassen, sondern müssen weiter unsere ukrainischen Freunde heute und in Zukunft unterstützen. Dies sollten wir auch in Form weiterer dringend von der Ukraine zusätzlicher Waffensysteme wie z.B. Taurus tun und mittelfristig mit einer Mitgliedschaft in der NATO fortsetzen.



BOCK AUF EUROPA BOCK AUF ZUKUNFT

EIN INTERVIEW MIT ANDREAS GLÜCK, MDEP

Er ist Europaabgeordneter der FDP Baden-Württemberg und wurde bei der LVV erneut als Spitzenkandidat des Landesverbands nominiert.

Lieber Andi, bei der LVV sind die Würfel gefallen: Du wirst in BaWü erneut als Spitzenkandidat für die Europawahl antreten. Wie blickst du in Richtung Bundeslistenaufstellung?

Zunächst mal möchte ich sagen, dass ich sehr dankbar und gleichzeitig demütig bin, dass ich mit über 93% so ein tolles Nominierungsergebnis von unserer FDP Baden-Württemberg bekommen habe. Natürlich hatte ich bereits über die vergangenen Jahre viel Kontakt zu den Gliederungen unserer Partei, insbesondere zu unseren Kreis- und Ortsverbänden. In den vergangenen Jahren war ich bundesweit, aber insbesondere natürlich viel für die FDP im Ländle unterwegs. Das ist in Anbetracht von 40 Sitzungswochen in Brüssel und Straßburg pro Jahr nicht immer ganz einfach. Letztlich ist es gerade der Austausch mit den Gliederungen der eine gute Arbeit im Parlament erst möglich macht. Politik ist für mich eben nicht nur Reden zu schwingen, sondern im Austausch mit der Basis genau hinzuhören.

Zum anderen ist es ein Zeichen dafür, dass wir einen super funktionierenden FDP-Landesverband haben. Gerade im Hinblick auf den Europatag am 28.01.2024 in Berlin, ist es wichtig, dass hier das starke Zeichen gesetzt wurde: Die FDP Baden-Württemberg steht. Die aktuelle FDP-Delegation im Europaparlament ist zu einem richtig guten Team zusammengewachsen. Nikola Beer wechselt zur Europäischen Investitionsbank und tritt deshalb nicht mehr fürs Parlament an.

Als neue Spitzenkandidatin hat das Bundespräsidium Marie-Agnes Strack-Zimmermann ins Rennen geschickt. Sie war die letzten Monate auch immer wieder in Brüssel und ich kann schon jetzt sagen, dass ich mich auf den gemeinsamen Wahlkampf mit ihr ganz besonders freue. Svenja Hahn, Moritz Körner, Jan-Christoph Oetjen und ich treten erneut für das EP an. Weil wir uns schätzen, achten und mögen wollen wir uns auch jetzt gegenseitig unterstützen und unsere gemeinsame Arbeit fortsetzen.

Wir sitzen hier mit dir im Europäischen Parlament in Straßburg, mittlerweile ist hier seit 2019 deine Wirkungsstätte. Die FDP hatte viel vor: die europäischen Institutionen schlanker und effizienter zu gestalten, Europa in Fragen der Außen-, Sicherheitspolitik zusammenrücken zu lassen und innerhalb der EU für mehr Rechtsstaatlichkeit zu sorgen. Wie lautet dein Zwischenfazit? Sind wir auf dem richtigen Weg?

In den vergangenen Jahren haben wir viel erreicht, aber es bleibt natürlich noch sehr viel zu tun.

So ist zum Beispiel die kurzfristige Umsetzung einer gemeinsamen europäischen Armee echt schwierig. Frankreich hat eine Armee, die vom französischen Präsidenten losgeschickt wird, in Deutschland ist es der Deutsche Bundestag und keine einzelne Person. Es sind gerade solche Unterschiede, die die Schaffung einer einheitlichen Armee erschweren. Trotzdem bleibt das Ziel natürlich richtig. Auch wenn es zumindest mittelfristig noch getrennte Armeen geben wird, erscheint es umso wichtiger, dass

diese Armeen untereinander immer kompatibler werden und mehr gemeinsam entwickelt und beschafft wird.

Auch außerhalb des Verteidigungsbereichs sind wir beim Thema gemeinsamer Beschaffungen ein gutes Stück vorangekommen. Das gilt gerade auch für die gemeinsame Beschaffung von Corona-Impfstoffen. Da ist sicher nicht alles glatt gelaufen und vieles von dem was die EU-Kommission gemacht hat muss aufgearbeitet und auch kritisiert werden. Doch die Tatsache, dass es hier die erste gemeinsame Beschaffung im großen Stil gab, ist ein guter Anfang. Das wird in Zukunft immer wichtiger werden. Wir sind der größte Binnenmarkt der Welt, und ich finde, wir sollten endlich lernen uns auch so zu verhalten.

Wo wir richtig was erreicht haben, ist bei der Verteidigung der Europäischen Werte nach innen. Wenn jemand die Grundwerte unserer Europäischen Union mit Füßen tritt, darf er nicht im nächsten Augenblick von europäischem Geld profitieren. Wir haben es in dieser Legislaturperiode geschafft, einen Rechtsstaatsmechanismus im Haushalt einzuführen. Nun können bei Verstößen gegen unsere Grundprinzipien Gelder zurückgehalten werden. Dieser Mechanismus wurde im Bezug auf Ungarn und Polen schon aktiviert. Das hatte auch einen Einfluss auf die Wahlen in Polen, die ja aus europäischer Sicht erfreulich verlaufen sind.

Du hast ja gerade schon das Stichwort geliefert, was du - gerade vor dem Hinblick der bisherigen Bilanz - im Fokus der kommenden Europawahl für die FDP siehst. Was steht da im Vordergrund?

Es gibt viele wichtige Themen, drei Dinge möchte ich hier ansprechen:

Technologieneutralität

Bereits in dieser Legislaturperiode spielten die Themen Umwelt- und Klimaschutz die zentrale Rolle. Im Rahmen des Green Deal, der ja Europa bis zum Jahr 2050 zum ersten klimaneutralen Kontinent machen soll, hatten wir im Umweltausschuss allein schon dazu über 70 Gesetzgebungsverfahren. Im Ziel sind wir uns auch einig. Aber wir streiten nach wie vor über den Weg. Die Kommission setzt hier zu viel auf Verbote, unnötige Regeln und das Festschreiben welche Technologien zum Einsatz kommen sollen. Es sind aber nicht Verbote, die die besten Wege hervorbringen, sondern Technologieoffenheit und die Stärkung unseres Europäischen CO2-Zertifikatehandels.

Für die nächste Legislaturperiode sehe ich es deshalb als eine zentrale Aufgabe an, dass wir als EU zum Prinzip der Technologieoffenheit zurückkommen. Die bei uns entwickelten Technologien beim Klimaschutz müssen gut und kostengünstig sein. Nur so werden sie überall auf der Welt zum Einsatz kommen können. Das ist dann gut fürs Klima und unsere Arbeitsplätze in der Europäischen Union.

Wirtschaftsabkommen

Lange Zeit war es Kernkompetenz der Union Wirtschaftsabkommen mit anderen Regionen der Welt zu verhandeln. Das ist heute nötiger denn je. Allzu oft ist es Alltag, dass gewisse Dinge einfach nicht lieferbar sind, zum Beispiel wichtige Medikamente. Auch im Bereich der Technologie brauchen wir die sichere Versorgung mit seltenen Erden und Metallen. Hier gilt es sich nicht einseitig abhängig zu machen und so erpressbar zu werden. Wir können mit Wirtschaftsabkommen Umweltstandards festlegen, den Verbraucherschutz gewährleisten und auch Dinge wie Menschenrechte mit aufnehmen.

Europäische Außen- und Sicherheitspolitik

Vor fünf Jahren gab es weder den offenen Überfall des Kremls auf die Ukraine noch war der Konflikt in Nahost so heiß wie jetzt. Es ist also jetzt schon absehbar, dass die nächste Legislaturperiode besonders außen- und sicherheitspolitisch geprägt sein wird. Europa muss endlich zu dem starken Partner werden, den die Welt ohnehin schon in uns sieht. In diesem Zusammenhang ist es super, dass wir mit Marie-Agnes Strack-Zimmermann eine anerkannte Expertin auf diesem Gebiet haben.

Wir haben ja gerade schon „Technologieoffenheit“ gehört. Das ist auch ein Thema, das viele FDP-Anhänger und Mitglieder bewegt. Gerade bei Autos und LKW wurden die CO2-Flottengrenzwerte überarbeitet. Was kam denn dabei raus? Und wie geht es denn jetzt mit E-Fuels weiter?

Es sind zwei Gesetzgebungsverfahren, das ist einmal die Flottengrenzwertregulierung für PKW und leichte Nutzfahrzeuge und eben jetzt ganz aktuell die CO2-Flottengrenzwertregulierung für LKW. Das gibt es noch immer heftige Auseinandersetzungen. Die Kommission kam mit Vorschlägen, wonach nur eine CO2 Messung am Auspuff stattfindet, ohne sich Gedanken zu machen, was da überhaupt verbrannt wird. Es ist eben ein Unterschied, ob man fossilen Kraftstoff verbrennt, oder einen CO2-neutralen Kraftstoff für dessen Produktion man genau die Menge CO2 benötigt, die später bei der Verbrennung wieder frei wird. Ein Verbrenner ist weder gut noch schlecht, es kommt darauf an, was darin verbrannt wird.

Auch die Mehrheit des Parlaments ließ sich von diesem sogenannten Tailpipe-Ansatz leider nicht abbringen. Erst im anschließenden Trilog ist es dann gelungen, die Kommission zu verpflichten eine Lösung zu schaffen, dass ausschließlich mit E-Fuels betankbare PKW auch über das Jahr 2035 neu zugelassen werden können. Dabei ist es wichtig zu sagen, dass die Zusammenarbeit mit den Fraktionen in Bund und Ländern sehr gut funktioniert. Der gute Draht zu den Liberalen in der Bundesregierung ermöglicht es über Bande zu spielen und sicherzustellen, dass Dinge über den Rat eingebracht werden. Auch im Bezug auf LKW gilt der Tailpipe-Ansatz.

Allerdings konnten wir es hier schon im Parlament durchsetzen, dass eine neue Fahrzeugklasse für E-Fuel betankbare LKW geschaffen werden muss. Das ist ein Anfang, aber damit sind wir noch nicht zufrieden und ich denke, dass es dazu auch in der neuen Legislaturperiode noch viele Auseinandersetzungen geben wird.

Sehr gut. Außerdem haben wir noch auf der Agenda die aktuelle Debatte um die Pflanzenschutzmittelrichtlinie. Viele Bauern und Winzer waren empört von den ersten Entwürfen, die in der Presse auftauchten. Auch damit warst du ja näher befasst, wie sieht es da aus?

Ja, beim Thema Pflanzenschutzmittel habe ich mich von Anfang an sehr stark eingebracht. Da gab es einen Kommissionsentwurf, den man schlichtweg als unrealistisch bezeichnen muss. Hier war ein generelles Verbot chemischer Pflanzenschutzmittel in sämtlichen Schutzgebieten vorgesehen. Auch Landschaftsschutzgebiete wären davon betroffen gewesen, die immerhin knapp ein Drittel der deutschen Fläche ausmachen und mit denen ja gerade eine Kulturlandschaft geschützt werden soll. Letztlich hätte man mit diesem Gesetz genau das kaputt gemacht, was das Landschaftsschutzgebiet schützen soll. Im weiteren Verlauf ist es uns aber gelungen viele Verbesserungen, wie etwa ein Schnellzulassungsverfahren für neuere und weniger bedenkliche Pflanzenschutzmittel, mit Änderungsanträgen einzubringen. Letztlich war die Parlamentsposition zu diesem Gesetz vor der Endabstimmung echt im Interesse unserer heimischen Landwirtschaft. Leider empfanden das große Teile der Grünen und Sozialdemokraten als Verrat an ihrer Ideologie und haben das Gesetz in der Endabstimmung abgelehnt. Auch wenn der letzte Verhandlungsstand im Interesse einer sicheren Nahrungsmittelproduktion war, ist es jetzt aber auch gut, dass die Pflanzenschutzmittelverordnung erst mal vom Tisch ist.




Selbstverständlich möchten wir mit Dir als Arzt auch über Gesundheitspolitik sprechen. Was tut sich denn auf Europäischer Ebene beim Thema Gesundheit und wie sieht es aus beim Europäischen Gesundheitsdatenraum, der ja eine Herzensangelegenheit von Dir ist?

Gerade bei der Gesundheitspolitik kann ich davon profitieren, dass ich jede Woche noch vier Stunden als Facharzt für Chirurgie arbeite. Gerade wenn es um die Praxistauglichkeit von Regelungen geht, kann ich mich bei Diskussionen sehr gut einbringen und habe den Eindruck, dass meine Stimme auch

Gehör findet. Als ich 2019 im Ausschuss für Umwelt, Nahrungsmittelsicherheit und Öffentliche Gesundheit angefangen habe, gab es Leute die gesagt haben: „Cool, dass Du als Arzt jetzt auch für den Gesundheitsbereich zuständig bist, leider haben wir aber auf europäischer Ebene kaum Zuständigkeiten im Gesundheitsbereich“. Dann kam die Pandemie und es wurde alles natürlich erstmal ganz anders. Auf einmal haben Medizinprodukte und medizinische Schutzausrüstung gefehlt und es gab Engpässe bei der Medikamentenversorgung. Das war der Augenblick, wo der Ruf nach einer Gesundheitsunion aufkam. Damit ist nicht etwa gemeint, dass es jetzt ein gemeinsames Gesundheitssystem für alle Mitgliedsstaaten geben soll. Aber an bestimmten Stellen im Gesundheitsbereich ist es sinnvoll in Zukunft enger zusammenzuarbeiten.

Zum Beispiel werden überall in der europäischen Union Gesundheitsdaten digital erhoben. Blöd nur, dass die Daten auf so unterschiedliche Art und Weise erhoben werden, dass diese anschließend oft nicht miteinander verglichen werden können. Es ist ja ok, wenn unterschiedliche Gesundheitssysteme unterschiedliche Maßnahmen etwa zur Gesundheitsprävention treffen. Aber wenn wir sicherstellen wollen, dass wir voneinander lernen können, braucht es eine angepasste Datenerhebung. Auch für die Patientensicherheit muss es möglich sein, dass Gesundheitsdaten, wie etwa Allergien, Diagnostik oder Medikamentenlisten von Ärztinnen und Ärzten überall in der EU einsehbar sind. Das halte ich für einen Beitrag zu mehr Patientensicherheit. Dies soll der Europäische Gesundheitsdatenraum sicherstellen.

Ein anderes Thema wo ich im Gesundheitsbereich viel Zeit investiert habe, praktisch fast von meinem ersten Tag, ist das Thema Medizinprodukteverordnung. Als Chirurg bin ich sowieso nah dran. Es ist unglaublich aufwendig, Medizinprodukte in der Europäischen Union zuzulassen. Die Regeln für die Zulassung wurden in der letzten Legislaturperiode, vor meiner Zeit im Parlament, noch mal verschärft. Alle Medizinprodukte, auch wenn sie schon seit über 10 Jahren oder noch länger im Markt sind, müssen demnach neu zugelassen werden. Das ist kostenintensiv, bürokratisch und führt dazu, dass manche guten, bewährten Medizinprodukte nun von den Herstellern einfach nicht neu zugelassen werden, weil sich dies nicht lohnt. Das heißt, wir verlieren Medizinprodukte für die Behandlung der Patientinnen und Patienten in Deutschland und der Europäischen Union. Als Chirurg weiß ich, was das bedeutet. Und deswegen habe ich mich von Anfang an auf den Weg gemacht, dass es zu deutlichen Vereinfachungen und auch Fristenverlängerungen bei der Medizinprodukteverordnung kommt.

 @glueckfuereuropa
 @glueckfuereuropa
 @glueck.fuer.europa

Weitere Informationen zu mir und meinen Positionen finden Sie unter:
andreas-glueck.com





Du bist nicht nur im Umweltausschuss, sondern auch im Industrie-, forschungs- und Energieausschuss, wie passt das zusammen?

Energiepolitik ist für uns ein zentrales Thema in Europa und ganz besonders im Industrieausschuss und im Umweltausschuss. Unser Ansatz ist es Technologieoffenheit sicherzustellen. Dazu brauchen wir Rahmenbedingungen, etwa wieviel CO₂-Ausstoß in einer bestimmten Zeit reduziert werden muss. Aber wir sagen den Betroffenen: Macht das wie ihr wollt, also technologieoffen.

Der CO₂-Zertifikatehandel, den es schon seit Jahren im Energie- und im Industriesektor gibt, ist ein erfolgreiches Modell. Und es ist uns gelungen, dass dieser Mechanismus auf Gebäude und Verkehr ausgeweitet wird. Zum Beispiel Häuser sind individuell und so müssen auch die Maßnahmen zur CO₂ Reduktion individuell möglich sein. Damit werden sich die besten und günstigsten Lösungen entwickeln und nur Lösungen die auch günstig sind kommen weltweit zum Einsatz. So helfen wir dem Klima und schützen die Arbeitsplätze in der EU.

Das sind parallelen Diskussionen, die wir im ITRE und im Umweltausschuss haben. Jeweils von einem etwas ein anderer Blickwinkel. Deswegen ist durchaus sinnvoll, dass man sich in beiden Ausschüssen engagiert. Diese Kombination hat mir eigentlich in der Arbeit richtig Spaß gemacht. ITRE und ENVI zusammen ist natürlich schon aufwendig, aber natürlich auch ziemlich cool.

Gestartet sind wir mit der kommenden Wahl. Jetzt kommen wir zu unserer FDP Baden-Württemberg zurück. Was möchtest du dem Landesverband noch mitgeben für das kommende Wahljahr?

Also zu den nächsten Wahlen möchte ich an der Stelle auch nochmal ganz klar sagen, wir haben in Baden-Württemberg nicht nur Europawahl, wir haben auch

Kommunalwahl. Und ganz ehrlich, die Kommunalwahl ist für mich nach wie vor die Königsdisziplin in der Politik. Das wollen wir an der Stelle mal nicht vergessen.

Im Bezug auf Europa würde ich mir wünschen, dass wir auch weiterhin ein klares Bekenntnis zur Europäischen Union abgeben. Das bedeutet aber nicht, dass wir alles immer nur gutheißen müssen, was auf der europäischen Ebene passiert. Ich finde, wir dürfen durchaus Europa und EU Kritiker sein, aber eben nicht Kritiker zu sein, wie es die Rechten machen, mit dem Ziel, die EU kaputt zu machen, sondern wir wollen Europa Kritiker sein, mit dem Ziel, unsere EU noch besser zu machen. Ich glaube, das ist das, wo alle auch tatsächlich mithelfen können.

Das andere ist, was mir jetzt insbesondere in den letzten viereinhalb Jahren aufgefallen ist, dass einige Regelungen auf europäischer Ebene eigentlich völlig okay sind. Bei der Umsetzung in den Mitgliedstaaten wird dann aber nicht nur alles übernommen, sondern es wird oben noch was draufgesetzt. Da gibt es sogar ein Fachausdruck, das „Goldplating“, also das „Vergolden“.

Ich wünsche mir, dass wenn das eine oder andere Unpopuläre angeblich aus der EU kommt, nicht sofort reflexartig die Finger in Richtung Brüssel und Straßburg zeigen. Sondern, dass man da schon nochmal genauer hinguckt, ist es ein Problem in der Umsetzung gewesen, oder war es wirklich ein Problem, das auf der EU-Ebene entstanden ist. Es ist auch meine Aufgabe als EU-Abgeordneter, für die EU einzustehen, da wo sie zu Unrecht kritisiert wird. Ich bekomme so viele Anfragen von Leuten, die sagen, ich habe da gehört, die EU hat dieses und jenes gemacht, stimmt das eigentlich? Also wir hatten und glaublich viele Nachfragen und ich finde es großartig, weil mir das natürlich auch wieder die Möglichkeit gibt das in den Landesverband zu tragen, was wir hier denn tun.

Von dem her, ich bin da echt stolz auf den FDP-Landesverband, dass der so gut funktioniert und dass wir eben so viele interessierte Mitglieder haben.



JUNG - DYNAMISCH - ENGAGIERT WEIL ZUKUNFT GESTALTUNG BRAUCHT

EIN INTERVIEW MIT ISABEL AURENZ

Sie wurde mit 18 Jahren zur jüngsten Gemeinderätin der FDP in Baden-Württemberg gewählt und ist stellvertretende Fraktionsvorsitzende der FDP-Fraktion in Metzingen.

Könntest du bitte grob umreißen, welche Aufgaben eine Stadträtin hat und welche Zuständigkeiten damit verbunden sind?

Unser Kerngeschäft ist es, die Interessen der Bürger zu vertreten. In meinem Fall vertrete ich knapp 1000 Bürger in Metzingen, entsprechend der Sitzverteilung. Wir wirken bei kommunalpolitischen Entscheidungen, insbesondere der Haushaltsplanung und der Stadtentwicklung mit. Dabei entscheiden wir beispielsweise darüber, ob ein neues Parkhaus entsteht, die Schulen vor Ort saniert werden oder ob ein neues Jugendhaus gebaut wird. Zudem kontrollieren wir die Verwaltung und schauen danach, dass die Stadt im Bürgerinteresse handelt. Diese Arbeit erfolgt nicht nur im Gemeinderat, sondern auch in innerparteilichen Fraktionssitzungen und in den Ausschüssen, bei denen wir verschiedene relevante Themen, wie Bauen oder Umwelt vertieft behandeln.

Im Rahmen meines Mandats bin ich als Vertreterin der Stadt im Abwasserverband Ermstal, im Vorstand der VHS in Metzingen, sowie als Mitglied im Umlegungsausschuss und dem Festausschuss tätig. Als Stellvertreterin nehme ich an den Sitzungen des Ältestenrat und im Technik-, Umwelt- und Bauausschuss teil.

Zeitlich umfasst mein Mandat zwischen einer und drei Gemeinderatssitzungen im Monat. Dazu kommen noch verschiedene Termine wie zum Beispiel Eröffnungs- und Informationsveranstaltungen, Firmenbesuche sowie Vorstands- und Ausschusssitzungen. Im weiteren bereite ich mich auf Sitzungen vor, was ebenfalls eine gewisse Zeit in Anspruch nehmen kann.

Welchen Herausforderungen begegnet man als Gemeinderätin?

Die Arbeit als Gemeinderätin kann inhaltlich sehr komplex werden, da man sich mit einer großen Bandbreite an Themen auseinandersetzt, bei denen man sich oft erst neu einfinden muss. Schließlich geht es darum, seine Arbeit so sorgfältig wie möglich zu erledigen und Entscheidungen zu treffen, die das Leben meiner Mitbürger direkt und indirekt verbessern können. Durch diese Aufgabenvielfalt lerne ich in meinem Amt viel Neues dazu. Ich würde mein Mandat nicht missen wollen, es ist eine anspruchsvolle, aber sehr erfüllende Tätigkeit.

War dein junges Alter ein Problem bei der Kandidatur?

Für mein Umfeld war mein Alter weniger problematisch, da sie mich als Person in meinem Engagement und meinem Verantwortungsbewusstsein bereits einschätzen konnten. Und auch ich hatte keine großen Bedenken, obwohl ich in Retrospektive sagen muss, dass ich damals, als ich mich mit 17 Jahren zur Kandidatur entschloss, die vielen Aufgabengebiete des Gemeinderats unterschätzt hatte.

Aber ich glaube, je mehr Zeit man in der Kommunalpolitik verbringt, desto besser wird die Fähigkeit mit den verschiedenen Aufgaben und Herausforderungen, die das Mandat mit sich bringt, umzugehen. Wichtig ist es, den Bürgern zuzuhören und sich so gut wie möglich in kommunalpolitische Themen hineinzufinden – dafür sind wir gewählt, egal wie alt wir sind.

Auch nach meiner Wahl war mein Alter kein Problem. Die langjährigen Mitglieder im Metzinger Gemeinderat haben mich mit offenen Armen aufgenommen. Ich habe mich nie unwohl gefühlt und bin von allen Seiten auf Unterstützung gestoßen.

Warum denkst du gibt es so wenige junge Gemeinderäte und wie kann man das verändern?

Ich glaube, der Grund dafür, dass es so wenige junge Gemeinderäte gibt, ist, dass diese Lebensphase von zahlreichen schnellen Veränderungen geprägt ist - Schule, dann Ausbildung oder Studium. Man lernt einen Partner kennen, zieht um und macht ständig neue Erfahrungen. Ich vermute diese Unbeständigkeit bzw. Unplanbarkeit des eigenen Lebens ist für viele Menschen ein Grund, nicht für ein Amt im jungen Alter zu kandidieren. Grundsätzlich ist die Jugend nicht unpolitisch, das sieht man immer wieder an der positiven Partizipation bei Veranstaltungen.

Wenn man die Anzahl junger Mandatsträger auf der kommunalen Ebene erhöhen möchte, gibt es verschiedene Ansätze. Man könnte Kommunalpolitik in der Schule stärker thematisieren. Aber fast noch wichtiger ist es, dass wir als Partei bewusster auf (junge) Menschen zugehen, diesen eine Chance geben, wenn sie kandidieren möchten und sie beim Wahlkampf und beim Ausführen des Amtes unterstützen. *Wäre die FDP damals nicht auf mich zugekommen und hätte mich unterstützt, hätte ich mich*

nicht für eine Kandidatur entschieden und ich denke, so wird es vielen Weiteren auch gehen. Das Potenzial ist da, wir müssen es erkennen und fördern!

Welche konkreten Projekte und Anliegen haben dir während deiner Amtszeit im Gemeinderat besonders am Herzen gelegen und wie konntest du dich dafür engagieren?

Ich hatte viele Themen, die mich von Anfang an interessiert haben, und die wir bereits erfolgreich durchsetzen konnten. Besonders am Herzen liegt mir die Förderung von Barrierefreiheit und Integration, insbesondere der barrierefreie Bahnhof. Durch die Folge eines schweren Unfalls mit 16 entwickelte ich ein persönliches Verständnis für die Bedeutung von Barrierefreiheit. Projekte, wie die Installation von Aufzügen am Metzinger Bahnhof sind aktuell in Umsetzung. Das freut mich sehr.

Ein weiteres wichtiges Anliegen sind Sanierungsarbeiten an den Metzinger Schulen. Meine Schulzeit liegt nicht allzu lange zurück und ich kann mich noch genau an die Probleme vor Ort erinnern, fehlende Digitalisierung, kaputte Toiletten, heruntergekommene Klassenzimmer und so weiter. Ich möchte, dass sich das für die jetzigen Schülerinnen und Schüler verbessert.

Auch Vereins- und kulturelle Angelegenheiten, wie meine langjährige Beteiligung bei den TusSies (Handballmannschaft in Metzingen) und mein Interesse an der Wirtschaftsförderung, spielen für mich eine wichtige Rolle.

Zudem besuche ich gerne Unternehmen, um Einblicke in die lokale Wirtschaft zu bekommen, damit wir passende Maßnahmen ergreifen können, um langfristig regional Arbeitsplätze zu sichern und den Wirtschaftsstandort Metzingen zu stärken.

EUROPA IST ZUKUNFT!

BERICHT VON DER LANDESVERTRETERVERSAMMLUNG ZUR EUROPAWAHL

Am 21. Oktober 2023 fand die Landesverteterversammlung für die Europawahl 2024 statt. Hier wurde die Landesliste der FDP Baden-Württemberg aufgestellt. Andreas Glück wurde zum Spitzenkandidaten gewählt.

In seiner Rede richtete der Landesvorsitzende Michael Theurer MdB seinen Blick zunächst in den Nahen Osten. Vor dem Hintergrund der Hamas-Terrorangriffe des 7. Oktobers forderte er, der historischen Verantwortung Deutschlands zur Geltung zu verhelfen: „Deutschland hat selbstverständlich eine besondere Verantwortung für das Existenzrecht Israels, doch wenn wir auf unsere Straßen oder in unsere Medien schauen, werden wir dieser Verantwortung derzeit nicht gerecht. In aller Deutlichkeit: Wer Antisemitismus verbreitet oder das Existenzrecht Israels nicht anerkennt, ist in Deutschland nicht willkommen und darf schon gar nicht einwandern oder deutscher Staatsbürger werden. Nie wieder ist jetzt!“

Über die Weltlage hinaus adressierte er ebenfalls die derzeitige Situation der Freien Demokraten: „Auch die FDP befindet sich in einer schwierigen Lage. Schon seit geraumer Zeit sind wir der einzige Landesverband, der bei der jeweils letzten Landtagswahl zweistellig abgeschnitten hat; ja sogar der einzige Landesverband, der bei seiner letzten Wahl überhaupt ein Polster zur Fünf-Prozent-Hürde hatte.“, so Theurer. „Wir sind in einer Regierung mit zwei Parteien, die uns das Leben nicht

immer leicht machen. Vor einem warne ich aber ausdrücklich: Eine Diskussion darüber, dass die FDP wegen ihrer Umfragewerte die Regierung verlassen sollte. Auf keinen Fall dürfen wir uns von kurzfristigen parteitaktischen Überlegungen leiten lassen. Erst kommt das Land, dann die Partei, das ist unsere Verantwortung!“

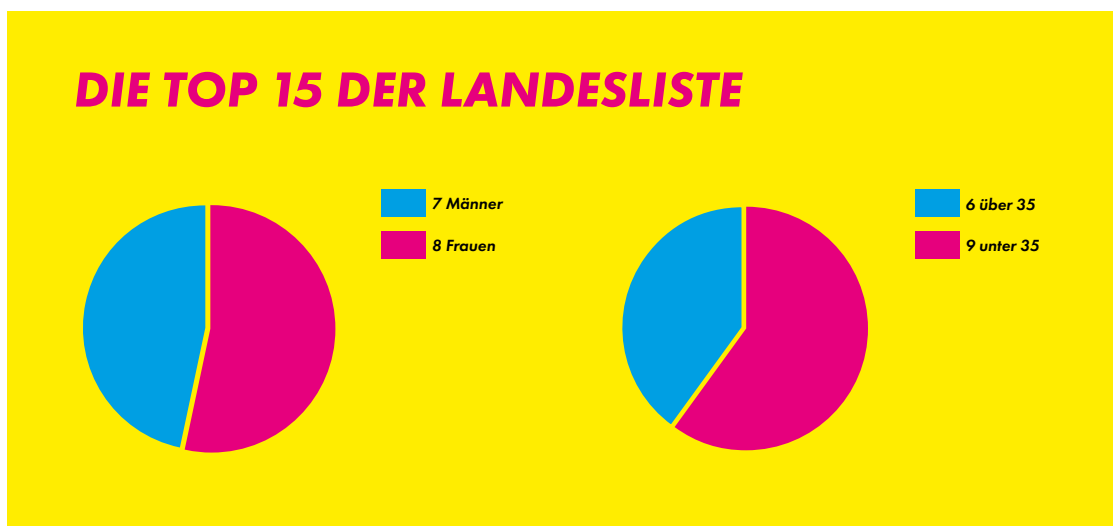
Auf dem Parteitag stand zuvorderst die Wahl eines Spitzenkandidaten des Landesverbandes zur Europawahl an. Andreas Glück MdEP konnte diese Wahl mit einem fulminanten Ergebnis von 93,3% für sich entscheiden und nahm die Wahl unter Standing Ovationen der Delegierten „dankbar und demütig“ an. In seiner Vorstellungsrede verlangte er von der EU, vor dem Hintergrund multipler Krisen verstärkt Verantwortung zu übernehmen: „Die EU muss endlich lernen, zu dem starken internationalen Partner zu werden, den die Welt ohnehin schon jetzt in uns sieht.“

Zum Abschluss appellierte er an Wähler und Wahlkämpfer der Freien Demokraten: „Das beste Rezept für die Zukunft ist es eben nicht Bedenkenträger, sondern die FDP zu wählen! Das muss die Kernbotschaft für diese Europawahl sein. Wir wollen Verantwortung, denn wir haben Bock auf Zukunft!“



In weiteren Einzelwahlen wurden für die Plätze 2 bis 5 - in absteigender Reihenfolge - die Kandidaten Sarah Zickler, Mirwais Wafa, Anja Widenmann und Dr. Niclas Moldenhauer gewählt. Neben den Wahlen durften die Freien Demokraten Baden-Württemberg auch die liberale elsässische Poli-

tikerin Brigitte Klinkert als Ehrengast begrüßen. Die ehemalige französische Ministerin und Vorsitzende der Deutsch-Französischen Parlamentarischen Versammlung richtete ein Grußwort an die Anwesenden und warb für die europäische Zusammenarbeit, insbesondere innerhalb der liberalen Parteienfamilie.





MIT MUT & ZUVERSICHT

EIN GASTBEITRAG VON MICHAEL THEURER, MDB

Er ist Landesvorsitzender der FDP Baden-Württemberg, FDP-Bundespräsidiumsmitglied und Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Digitales und Verkehr.

Ein Jahr des Umbruchs geht zu Ende. Das Schlagwort der „Zeitenwende“, geprägt von Bundeskanzler Olaf Scholz mit Blick auf den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine, hat in diesem Jahr mit den brutalen Terrorangriffen der Hamas auf wehrlose Opfer in Israel und der militärischen Antwort in Gaza eine neue, eine schreckliche Dimension erhalten. Der 07. November stellt eine Zäsur dar. Die Ermordung und Verschleppung von über tausenden Jüdinnen und Juden an einem einzigen Tag hat die Weltgemeinschaft zutiefst schockiert. Deutschland wurde durch den schlimmsten Überfall auf die jüdische Bevölkerung seit der Shoah wachgerüttelt. Unser klares Bekenntnis, an der Seite Israels zu stehen, ist in diesen Zeiten wichtiger denn je. *Mir bereiten die Ausschreitungen auf pro-palästinensi-*

schen Demonstrationen, die Angriffe auf Synagogen und jüdische Einrichtungen und die offenen Anfeindungen, die unsere jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürger gegenwärtig erleben, daher große Sorgen. Der Antisemitismus in Deutschland ist wieder aktiv und sichtbar. Das dürfen wir unter keinen Umständen tolerieren. Als Staat ist es unsere Aufgabe, die Sicherheit von Jüdinnen und Juden in Deutschland zu gewährleisten. Das Problem des Antisemitismus dabei jedoch ausschließlich migrantischen Milieus zuzuweisen, wäre falsch, denn auch wir Deutsche müssen in dieser Hinsicht vor unserer eigenen Haustür kehren. Für mich gilt daher grundsätzlich: Keine Toleranz gegenüber Intoleranz. Unser Rechtsstaat muss mit den zur Verfügung stehenden Mitteln durchgesetzt werden.

Während uns die veränderte geopolitische Lage in Atem hält, gibt es im Innern weitere große Herausforderungen. Steigende Preise und Zinsen sowie rezessive Tendenzen prägen die Lebenssituation der Menschen. Die Verkehrsinfrastruktur leidet unter einem gewaltigen Sanierungsstau und Investitionsrückständen. Gleichzeitig hat das Urteil des Bundesverfassungsgerichts die Haushaltspraxis bisheriger Bundesregierungen beendet und bindet uns, staatliches Handeln auf den Prüfstand zu stellen und bei Schulden die Prinzipien der Jährigkeit und Jährlichkeit zu wahren. Es ist eine Entscheidung, die vor allem die im Grundgesetz verankerte Schuldenbremse stärkt. Sie zwingt zur Priorisierung und hilft, den Haushalt wirksamkeitsorientiert aufzustellen, statt neue Schulden zu machen. Besonders mit Blick auf die Lebenschancen der nachkommenden Generationen ist das zu begrüßen. Der Haushaltsentwurf für 2024 sieht auf Wirken unseres Finanzministers Christian Lindner die Einhaltung der Schuldenbremse vor. Weiterhin berücksichtigt er die Stromsteuersenkung für produzierendes Gewerbe auf das EU-Minimum und beinhaltet die Milliardenentlastungen durch das Wachstumschancengesetz, mit dem wir der Wirtschaft zu neuen Wachstumsimpulsen verhelfen werden. Es bleibt also festzuhalten, dass neben der Einhaltung der Schuldenbremse auch wesentliche liberale Projekt im Haushaltsentwurf enthalten sind. Darüber hinaus sieht er 15 Milliarden Euro Steuerentlastungen für die hart arbeitende Mitte der Gesellschaft und den Mittelstand vor und macht den Sozialstaat treffsicherer.

Dass angespannte Zeiten jedoch auch mit Belastungen für Bürgerinnen und Bürger einhergehen, ist unausweichlich. Nach Jahren der CDU/CSU-geführten Bundesregierung haben wir das Land in keinem guten Zustand vorgefunden. Mein Credo lautet daher: Sagen, was ist und machen, was geht. Das Schienennetz ist überlastet, teilweise marode und sanierungsbedürftig. Die Menschen bekommen die Infrastrukturprobleme täglich durch Zugausfälle und Verspätungen zu spüren. Die Sanierung des Netzes wird mühsam, aber wir arbeiten mit Hochdruck daran. Trotzdem gilt es den Menschen reinen Wein einzuschenken. Denn wie bei der Infrastruktur stoßen wir auch in anderen Bereichen auf große Altlasten und Baustellen, die uns die Vorgängerregierung hinterlassen hat. Und obwohl diese Versäumnisse nicht in den letzten zwei Jahren entstanden sind, merke ich zunehmend, dass das Vertrauen

der Bürgerinnen und Bürger in die Leistungsfähigkeit des Staates sinkt. Deshalb ist es erforderlich, Prioritäten zu setzen und dass der Staat sich wieder auf seine Kernaufgaben rückbesinnt. Gleichzeitig gilt: Der Staat ist immer nur so stark wie seine privaten Haushalte. Und wenn der Staat an seine Grenzen stößt, vertrauen wir als FDP auf die Eigeninitiative und die Selbstverantwortung der Bürgerinnen und Bürger. Ich glaube fest an die Reformfähigkeit der liberalen Demokratie und eine Stärkung des Föderalismus. Wir Freie Demokraten setzen dabei auf das Prinzip der Subsidiarität - Aufgaben müssen auf der bürgernächsten Ebene erledigt und die kommunalen Handlungsspielräume ausgebaut werden. Das muss uns ein Ansporn für die Kommunalwahl und die Europawahl 2024 sein. In Zeiten, in der unsere liberale Demokratie unter Druck steht, in der sich rechte und linke Extreme an den Problemen des Landes aufreiben und autoritäre Staaten von außen versuchen, unsere demokratische Grundordnung zu destabilisieren, lautet die Aufgabe, praxistaugliche Lösungen für die Fragen unserer Zeit zu finden. Denn wenn die politischen Extreme stärker werden, müssen wir die Mitte stärken. Dafür setzen wir uns als Freie Demokraten ein. Öffentlich wird zu wenig wahrgenommen, was wir als Freie Demokraten in der Bundesregierung bereits erreichen konnten: Wir haben das Fachkräfteeinwanderungsgesetz reformiert, den Weg für den Einsatz von E-Fules freigemacht, mit der Ratifizierung von CETA neue Impulse für den Freihandel gesetzt, das Gebäudeenergiegesetz technologieoffen gestaltet, Fortschritte bei der Digitalisierung wie etwa mit der elektronischen Kfz-Zulassung gemacht und gehen im kommenden Jahr die Stromsteuersenkung sowie die Bürokratieentlastung mit einem Gesetzesvorhaben an. Darüber hinaus haben wir noch vor der Regierungshalbzeit die größte Steuerentlastung der vergangenen 20 Jahre umgesetzt.

Vor 75 Jahren wurde - unter maßgeblicher Beteiligung der Südwestliberalen - die Bundes-FDP gegründet. Seither setzen wir uns für Freiheit, Fortschritt und Welt-offenheit in Deutschland und Europa ein und haben in teils schwierigen Zeiten Verantwortung für unser Land übernommen. Individuelle Freiheit, Soziale Marktwirtschaft und Rechtsstaatlichkeit sind dabei unser Kompass. Mit Mut und Zuversicht packen wir die Herausforderungen von Gegenwart und Zukunft weiter an.

 @michael_theurer

 @EUTheurer

 @michael.theurer

Weitere Informationen zu mir und meinen Positionen finden Sie unter:

mtheurer.abgeordnete.fdpbt.de





Quelle: Fraktion

WIR BRAUCHEN EINEN EHRLICHEN UMGANG & KONKRETE MAßNAHMEN.

Die Menschen in unserem Land haben ein sehr waches Gespür dafür, was die eigentlich wichtigen Themen sind. Sie wollen Dinge entschieden haben, die ihr Leben und ihren Alltag betreffen und keine endlosen Debatten über Maßnahmen, die sie in irgendeine Richtung erziehen und lenken sollen. Das ist etwas, was wir als Freie Demokraten immer schon vertreten haben; wir müssen einfach bei unseren Grundwerten und Maßstäben bleiben, um die Bürgerinnen und Bürger zu erreichen. Lassen wir uns dabei nicht einreden, schwierige Zeiten seien schlecht für die Freiheit: Herausforderungen können in einer offenen, freien Gesellschaft bewältigt werden und das besser und humaner als unter allen anderen Bedingungen. Es müssen aber die richtigen Entscheidungen fallen, gerade in Staat und Politik.

Ein gutes Beispiel dafür ist die derzeit akute Diskussion um die Steuerung und Regelung der Migration. Um diese zukunftsfähig zu machen, sind zahlreiche Maßnahmen nötig, alle auf der Grundlage, dass der Staat gleichzeitig souverän und human sein muss bei der Entscheidung, wer unter welchen Bedingungen bei uns zuwandern darf. In der Praxis zeigt hier leider wieder die Landesregierung, wie es nicht geht: Gemeinden für die Erstaufnahmen finden sich kaum noch, denn in der Vergangenheit wurden zu oft Versprechungen über Zuweisungszahlen gebrochen. Solches Verhalten erschwert jede Lösung.

Ein weiteres Thema, in der eine Entscheidung momentan Politik und Gesellschaft zu ehrlichem Umgang zwingt, ist der Bereich Finanzen. Die Schuldenbremse sagt im Kern, dass der Staat mit dem Geld auskommen sollte, das ihm die Steuerzahler geben. Es ist gut, dass jetzt von höchst-richterlicher Stelle klare Worte für den Bund und die

Länder kamen, die Verschiebungen, Bevorratung und Umwidmungen in Staatshaushalten für unzulässig erklären. Damit wurde vor allem stetigen linken Begehrlichkeiten Grenzen gesetzt. Uns als Freien Demokraten wird die Umsetzung dieser ehrlichen Haushaltspolitik zugetraut. Im Land haben wir als Fraktion die Pflicht und die Möglichkeit, den Haushalt zu überprüfen. Es ist gut, dass Klarheit herrscht und wir verschaffen diesen Regeln auch in Baden-Württemberg Geltung.

Sachorientierte Politik steht bei uns im Mittelpunkt. Das zeigt eine ganze Reihe von Veranstaltungen und Kampagnen, die wir im Jahr 2023 begonnen und weitergeführt haben. Darunter waren Expertenrunden vor Ort zur Frage, wie gut vorbereitet wir für Krisen und Notsituationen sind. Das waren Veranstaltungen zu praktischen Auswirkungen von staatlichen Regelungen im Bereich Pflanzenschutz, bei der Bodenseefischerei, zu E-Fuels oder auch zum Verbot von bestimmten Produktionsstoffen auf EU-Ebene. Es ist uns gelungen, damit viele Menschen zu erreichen. Als nächstes werden wir uns um das wichtige Thema Zukunft des Wirtschaftsstandorts Baden-Württemberg kümmern. Wir freuen uns, wenn von Ihnen dafür Anregungen kommen.

Als Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg sind wir die einzige liberale Kraft im Parlament. Auf uns liegen viele Erwartungen und diese werden wir nicht enttäuschen.

Ihr Hans-Ulrich Rülke

FÜR EINE GEORDNETE & STRIKTE MIGRATIONSPOLITIK

Trotz ihres vorbildlichen Engagements bei der Aufnahme, Versorgung und Unterbringung der immensen Zahl an Geflüchteten sind unsere Landkreise und Kommunen mit dem derzeitigen Zustrom organisatorisch wie finanziell überlastet. Es bedarf einer geordneten wie strikten, die irreguläre Zuwanderung begrenzenden, Migrationspolitik und insbesondere des effektiven Schutzes der europäischen und nationalen Außengrenzen, um der Lage wieder Herr werden zu können.

Daher haben wir im Rahmen einer aktuellen Plenardebatte im Herbst 2023 unter anderem gefordert:

UNSERE FORDERUNGEN

- 1** *Die Liste der sicheren Herkunftsstaaten ausweiten.*
- 2** *Den Rechtskreiswechsel für ukrainische Geflüchtete und damit deren Eingliederung in das Bürgergeldsystem mittels Stichtagsregelung rückgängig machen.*
- 3** *Künftig Geflüchteten Sach- anstelle von Geldleistungen gewähren.*
- 4** *Den Abfluss von Sozialleistungen ins Ausland verhindern.*
- 5** *Straftäter und solche, die gegen unsere Gesellschaft arbeiten und jene ohne Bleibeperspektive konsequent abschieben.*

Die Landesregierung hat unseren Antrag erwartungsgemäß abgelehnt. Kurz darauf wurden viele unserer Forderungen jedoch von der Ministerpräsidentenkonferenz genau so beschlossen. Gemeinsam mit dem Vorstoß der FDP-Bundesminister zur Kürzung der Sozialleistungen für Asylbewerber, was den Haushalt und damit den Steuerzahler um etwa 1 Mrd. entlasten wird, haben wir entscheidend dazu beigetragen, Fluchtanreize zu verringern und endlich den Weg zu einer restriktiveren Migrationspolitik einzuschlagen.

Bis zu den Europawahlen soll zudem das Gemeinsame Europäische Asylsystem (GEAS) reformiert werden, was einen wirksamen Schutz der europäischen Außengrenzen bedeutet. Prüfverfahren können schneller durchgeführt werden, einer Sekundärmigration kann auf diese Weise besser vorgebeugt werden.

Wir werden uns auch weiterhin dafür einsetzen, eine Einwanderung in die Sozialsysteme zu verhindern. Die ersten Schritte sind getan.



FÜR EINEN NEUSTART BEIM NAHVERKEHR

Quelle: iStock

Das Deutschland-Ticket ist am 1. Mai 2023 gestartet. Es stellt eine fulminante Vereinfachung der Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel dar. Erst durch diese Neuerung aus dem FDP-geführten Bundesverkehrsministerium erhielten öffentliche Verkehrsmittel den dringend benötigten Attraktivitätsschub zum Einführungspreis von 49 Euro monatlich.

Mit der großen Bahnreform aus dem Jahr 1994 wurden die Länder ab dem Jahr 1996 für den schienengebundenen Nahverkehr zuständig. Hierfür erhalten sie vom Bund so genannte Regionalisierungsmittel. Diese sind auch für das Deutschlandticket von großer Bedeutung. Bund und Länder haben sich bei der Ticket-Einführung darauf verständigt, die Kosten von jährlich drei Milliarden Euro jeweils zur Hälfte zu tragen. Allein der Bund stellt den Ländern dafür über die eigenen Zuständigkeiten hinaus jährlich 1,5 Milliarden Euro zur Verfügung. Diese Finanzierung ist bis zum Jahr 2025 vereinbart. Dennoch werden die Länder nicht müde, in einer wenig überraschenden Einmütigkeit beständig noch mehr Mittel vom Bund zu verlangen. Dies, obwohl bereits die planmäßige Dynamisierung auf nun drei Prozent annähernd verdoppelt wurde.

Die sogenannte Nachschusspflicht – also Mehrkosten, die den Verkehrsverbänden gegebenenfalls durch Mindereinnahmen entstehen, und von Bund und Ländern zur Hälfte getragen werden – wurde für das Einführungsjahr

2023 beschlossen. Für das Jahr 2024 war eine Nachschusspflicht bisher nicht vorgesehen und die Ministerpräsidentenkonferenz vom 6.11.2023 hat dies noch einmal bekräftigt. Stattdessen wurde die Verkehrsministerkonferenz damit beauftragt, rechtzeitig ein neues Konzept zur Durchführung des Deutschlandtickets vorzulegen.

Die Landtagsfraktion hat mit mehreren Anträgen versucht, Licht ins Dunkel der Blackbox Regionalisierungsmittel zu bringen. Fakt ist, dass das Land auf hohen Rücklagen sitzt und eine Vielzahl von Vorhaben fördert. Vor dem Hintergrund, dass allein hier im Land 19 von bundesweit über 60 Verkehrsverbände vorhanden sind, fordert die Fraktion einen Neustart in der Organisation der öffentlichen Nahverkehre. Es ist Aufgabe der Bundesländer, für ein qualitativ hochwertiges und bezahlbares ÖPNV-Angebot zu sorgen. Kostendefizite müssen die Verkehrsverbände durch effektive Einsparungen und ein Überdenken alter Tarifsysteme und Verbindungsstrukturen angehen und ihren Teil der Verantwortung tragen.

BESTE BILDUNG FÜR JEDE BEGABUNG!

Bei der Entscheidung, an welche weiterführende Schule das eigene Kind gehen soll, gibt es viele Stolpersteine. Normalerweise gibt es hier auch einen Konsens zwischen Elternwille und der Einschätzung der Grundschullehrkräfte. Vor dem Jahr 2012 war in einem Konfliktfall zwischen Lehrkräfteeinschätzung und Elternwillen die Einschätzung der Lehrkräfte ausschlaggebend. Dies hatte seinen Ursprung in Artikel 11 unserer Landesverfassung:

Jeder junge Mensch hat ohne Rücksicht auf Herkunft oder wirtschaftlicher Lage das Recht auf eine seiner Begabung entsprechende Erziehung und Ausbildung.

Damit ist klar, dass das Recht eines jeden Kindes auf den Besuch derjenigen Schulart, die die eigenen Begabungen bestmöglich fördert, keine Kann-Bestimmung ist, sondern ein landesverfassungsmäßig verbrieftes Recht. Denn es muss gewährleistet sein, dass kein Kind eine Schulart besuchen muss, bei der es ständiger Überforderung ausgesetzt ist. Die verbindliche Grundschulempfehlung war

die tragende Säule, um genau das gewährleisten zu können. Leider wurde dieser Garant für Bildungsgerechtigkeit 2012 durch die damals grün-rote Landesregierung abgeschafft – mit katastrophalen Konsequenzen für die Bildungsqualität und unsere Kinder.

Deshalb hatten wir Freie Demokraten einen erneuten Versuch gestartet und einen Gesetzentwurf zur Wiederherstellung der Verbindlichkeit der Grundschulempfehlung eingebracht. Im Zuge dessen haben wir auch breite Unterstützung seitens der Praktikerinnen und Praktiker erhalten: Laut Umfragen des Realschullehrerverbands Baden-Württemberg und des Philologenverbands Baden-Württemberg sind 78 bzw. 94 Prozent der jeweils befragten Lehrkräfte für eine verbindliche Grundschulempfehlung. Zwar wurde unser Gesetzentwurf dennoch von den Regierungsfractionen sowie der damals an der Abschaffung beteiligten SPD abgelehnt, doch die Botschaft kam an: So wie es derzeit läuft, kann es nicht bleiben! Wir als Freie Demokraten werden deshalb am Thema verbindliche Grundschulempfehlung dranbleiben.

BÜROKRATIEABBAU

Nur Leerstellen und Ankündigungen anstatt Umsetzung.

Im Sommer 2023 erklärte Ministerpräsident Kretschmann, dass der Kampf gegen die zunehmende Bürokratie eines der ganz großen Probleme der Politik sei. Seitdem warten wir gebannt – aber auch bisher vergebens – auf konkrete Taten. Da steht nämlich: Nichts.

Zwei Beispiele zeigen dies sehr gut: Zum Jahresende 2022 lief die erste Amtszeit des Normenkontrollrats – ein externes Fachgremium, welches die Landesregierung zum Bürokratieabbau berät – einfach aus. Eine Verlängerung erfolgte nicht. Stattdessen wurde böse gegen das Gremium nachgetreten. Ihm wurden unzulängliche Vorschläge und zu wenig Input vorgeworfen. Die Wahrheit ist aber, dass der Rat über 160 konkrete Vorschläge zum Bürokratieabbau

abgeliefert hat. Zahlreiche wurden aber einfach von der Landesregierung ignoriert, das Gremium war ihr wohl zu unbequem. Inzwischen ist – auch nach lautstarkem Protest von uns und der Öffentlichkeit – der Normenkontrollrat nach neunmonatiger Pause neu konstituiert. Allerdings wurde viel zu viel Zeit beim Bürokratieabbau liegen gelassen. Zeit, die wir nicht haben.

Ein anderes Beispiel ist die sogenannte Entlastungsallianz. Dies ist ein Bündnis aus drei Kommunal- und vier Wirtschaftsverbänden mit der Landesregierung. Gemeinsam möchte man nach Bürokratieabbaumöglichkeiten suchen. Sie ist die Reaktion der Landesregierung auf einen Appell der sieben Verbände aus dem Herbst 2022, wurde aber erst

im Juli 2023 gegründet. Seitdem gibt es Arbeitsgruppen und es wird getagt – konkrete Vorschläge gibt es aber auch nicht. Es wird eher nach dem Motto verfahren „Wenn du nicht mehr weiterweißt, gründe einen Arbeitskreis“. Erneut wurde beim Bürokratieabbau viel zu viel Zeit liegen gelassen. Zeit, die wir nicht haben.

Wir Freien Demokraten im Landtag fordern hingegen ein Ende dieses Zauderns und Wartens. Die Bürokratie erdrückt uns und es ist an der Zeit, endlich zu handeln. Die konkreten Vorschläge liegen auf dem Tisch. „Bürokratieabbau. Jetzt!“ ist daher das Motto unserer Arbeit.

DIE FDP-FRAKTION VOR ORT

DIE FDP-FRAKTION IST NICHT NUR IN STUTTGART UNTERWEGS

sondern im gesamten Land: Um im direkten Austausch die Sorgen und Nöte der Bürgerinnen und Bürger zu diskutieren, Informationen für die Arbeit im Landtag zu gewinnen und unsere Positionen zu kommunizieren. Im Jahr 2023 hatten wir hierzu über 30 Veranstaltungen, u.a. zu folgenden Schwerpunktthemen:

KOMMUNALE KRISENVORSORGE



Quelle: Fraktion

In der integrierten Leitzentrale in Freiburg: Die Abgeordneten Nico Weinmann (4.v.r.) und Niko Reith (ganz links)

Naturereignisse, Pandemien oder sonstige Krisen stellen Kommunen und Hilfsorganisationen vor große Herausforderungen. Alle Akteure sind gut beraten, bereits vor dem Ernstfall Maßnahmen vorzubereiten. In Braunsbach, Esslingen,

Freiburg und Konstanz haben wir uns vor Ort ein Bild gemacht und an Runden Tischen sowie in einem Experten-Webtalk darüber gesprochen, wie die Landespolitik hier unterstützen kann.

E-FUELS: KRAFTSTOFF FÜR KLIMASCHUTZ

Knapp eine halbe Million Menschen in Baden-Württemberg arbeiten im Kfz-Umfeld, zwei Drittel der Bevölkerung besitzen ein Verbrenner-Fahrzeug und nicht für jeden kommt ein E-Auto in Frage. Soll der Spurwechsel in Richtung Klimaneutralität gelingen, müssen Fahrzeugbestand und Neufahrzeuge berücksichtigt werden. Mit E-Fuels, aus erneuerbarer Energie hergestellten Kraftstoffen, fahren auch Verbrenner-Fahrzeuge weitgehend klimaneutral. Zu diesem Thema haben wir eingeladen zu Podiumsdiskussionen in Autohäusern in Pforzheim, Rottweil und Stuttgart sowie auf dem Maimarkt in Mannheim, für 2024 ist ein weiterer Termin in Böblingen geplant.



Thema E-Fuels bei einer gut besuchten Veranstaltung in einem Autohaus in Rottweil. Informationen und Diskussion mit dem Fraktionsvorsitzenden Dr. Hans-Ulrich Rülke und den Abgeordneten Dr. Christian Jung, Friedrich Haag und Daniel Karrais – Quelle: Fraktion

 @fdplandtagbw
 @fdplandtagbw
 @fdplandtagbw

Weitere Details und unsere entsprechenden Positionen zu allen Themen unter:
fdp-landtag-bw.de



ZEITGEMÄSSER NATUR- UND ARTENSCHUTZ



Großes Interesse bei der Veranstaltung in Hinterzarten/Schwarzwald zu Artenschutz und der Frage des Umgangs mit dem Wildtier Wolf. Vor Ort die Abgeordneten Georg Heitlinger, Klaus Hoher und Daniel Karrais - Quelle: Fraktion

Ernährungssicherung, Klima- und Umweltschutz, Biodiversität – alles Themen, die die Bürgerinnen und Bürger vor Ort unmittelbar betreffen: ob als Herausforderungen an die Landwirtschaft, im Umgang mit dem Wolf im Schwarzwald oder wegen eines Felchen-Fangverbots am Bodensee. Zu diesen Themen waren wir vor Ort in Hinterzarten, Überlingen, Balingen und Öhringen.

IMPRESSUM FRAKTIONSBEILAGE

FDP/DVP Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg
Verantwortlich: Dr. Jan Havlik (Pressesprecher)
Anschrift: Konrad-Adenauer-Straße 3, 70173 Stuttgart
Telefon: 0711 2063-9112
Email: post@fdp.landtag-bw.de



ANDREAS GLÜCK
LISTENPLATZ 3 EUROPAWAHL